



Kassenärztliche
Bundesvereinigung

Körperschaft des öffentlichen Rechts

KBV KOMPAKT

Newsletter vom 28. Oktober 2009

Aus Berlin

Deutschland impft gegen Schweinegrippe

Die Impfung gegen die Neue Influenza (sogenannte Schweinegrippe) hat in dieser Woche deutschlandweit begonnen. Zunächst erhalten nach Auskunft der Bundesländer fast überall Angehörige der Gesundheitsberufe, der Feuerwehr und der Polizei die Immunisierung. Auch Menschen mit einem besonderen Risiko wie chronisch Kranke können sich sofort impfen lassen. Für die anderen Bürger steht der Impfstoff vermutlich ab Mitte November bereit. Die Schweinegrippeimpfung ist für alle freiwillig. Die Bereitschaft zur Impfung ist nach Angaben der Gesundheitsbehörden regional sehr unterschiedlich. Während Hamburg von einem regen Zulauf sprach, sei die Nachfrage in Bremen bisher eher zurückhaltend gewesen. Die Ständige Impfkommission und zahlreiche Kassenärztliche Vereinigungen riefen die Bürger dazu auf, sich impfen zu lassen. Es sei nicht absehbar, wie sich die Schweinegrippe entwickle, hieß es dazu. Noch bis Ende Januar erhalten die Länder wöchentlich neue Chargen der insgesamt 50 Millionen bestellten Dosen des Impfstoffs Pandemrix. Das Thüringer Gesundheitsministerium, das die Gesundheitsministerkonferenz der Länder leitet, geht davon aus, dass die angeforderte Menge für Deutschland ausreichen wird. Über weitere Lieferungen eines möglicherweise besser verträglichen Impfstoffs ohne Wirkverstärker werde noch verhandelt, so das Ministerium. (Agenturmeldung, 26. Oktober)

Union und FDP wollen das Gesundheitssystem neu ordnen

Eine Neuordnung im Gesundheitssystem haben CDU/CSU und FDP angekündigt. Wie der designierte Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) sowie die Gesundheitsexperten Ursula von der Leyen (CDU) und Barbara Stamm (CSU) am 23. Oktober mitteilten, soll eine Kommission den Gesundheitsfonds in ein neues System überführen. Darin werden die gesetzlichen Krankenkassen die Beiträge stärker selbst beeinflussen können. Um die Lohnzusatzkosten nicht weiter zu belasten, werde der Arbeitgeberanteil eingefroren. Der Arbeitnehmeranteil solle einkommensunabhängig berechnet werden. Über Steuerzuschüsse solle der soziale Ausgleich erreicht werden. Die Neuordnung bringe mehr Transparenz in das System, sagte von der Leyen, denn die Kassen könnten über ihre Beiträge zeigen, wie sie wirtschaften. Eine Abschaffung des Fonds, wie sie die FDP gefordert hatte, hatte die CDU jedoch schon vor Verhandlungsbeginn ausgeschlossen. Das neue System trete voraussichtlich erst im Jahr 2011 in Kraft. Bis dahin bleibe erst einmal alles so, wie es ist. Den Gesundheitsfonds gibt es seit Beginn dieses Jahres. Seitdem zahlen alle gesetzlich Versicherten einen einheitlichen Beitragssatz von derzeit 14,9 Prozent. Der Arbeitgeberanteil beträgt sieben Prozent. 2010 fehlen dem Fonds geschätzte 7,5 Milliarden Euro. Diese Lücke möchte die neue Koalition zum Teil über höhere Steuerzuschüsse füllen. (Agenturmeldung, 23. Oktober)

Bundestag fordert sektorenübergreifende Abstimmung der Arzneimitteltherapie

Stationärer und ambulanter Sektor müssen sich bei der Arzneimitteltherapie zum Wohl der Patienten und aus Wirtschaftlichkeitsgründen regelmäßig abstimmen. Dies betont die Regierung in einer Unterrichtung zur „Umsetzung der gesetzlichen Vorschrift zur Fortsetzung der Arzneimitteltherapie nach Krankenhausbehandlung“. Ziel dieser im Jahr 2006 beschlossenen Vorschrift sei es, die Arzneimitteltherapie bei der Entlassung aus dem Krankenhaus in die ambulante Behandlung fortzuführen und eine Therapieumstellung zu vermeiden. Hintergrund sind unterschiedliche Richtlinien zur Arzneimitteltherapie in den beiden Sektoren. Nach Angaben der KBV erhalten Patienten in Kliniken oft teure Originalpräparate, die nicht mit den Wirtschaftlichkeitskriterien im ambulanten Bereich vereinbar sind. ([Heute im Bundestag, 27. Oktober](#))

Aus KBV und KVen

KBV: Zahl der MVZ steigt kontinuierlich

Innerhalb eines Jahres, vom zweiten Quartal des Jahres 2008 bis zum zweiten Quartal 2009, hat sich die Zahl der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) bundesweit von 1.088 auf 1.325 erhöht. Das geht aus der jüngsten Zählung der KBV hervor. Die Versorgungszentren gibt es seit Anfang 2004. Der Vorstandsvorsitzende der KBV, Dr. Andreas Köhler, nannte es eine richtige Entscheidung der schwarz-gelben Regierung, „dass nur zugelassene Ärzte und Krankenhäuser Geschäftsanteile von MVZ halten dürfen“. Etwa 6.300 Ärzte sind derzeit in MVZ tätig, davon fast 5.000 im Angestelltenverhältnis. „Sie müssen in ihren medizinischen Entscheidungen frei von Kapitalinteressen sein“, so Köhler. (Agenturmeldung, 28. Oktober)

Köhler und Munte sehen Wettbewerb um beste Patientenversorgung in Gefahr

„Licht und Schatten liegen bei der Koalitionsvereinbarung eng beieinander. Die kommenden Monate werden zeigen, wie sie mit Leben erfüllt wird.“ Das hat Dr. Andreas Köhler, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), zum Koalitionsvertrag von Union und FDP erklärt. Positiv wertete der KBV-Chef die Betonung der Freiberuflichkeit der ärztlichen Tätigkeit als tragendes Prinzip der Gesundheitsversorgung. Kritisch hingegen sah er die Pläne der Koalition, den Paragraphen 73b zunächst in der bestehenden Form zu erhalten. „Damit hat die Koalition die Chance für einen echten Wettbewerb um die beste hausärztliche Versorgung vorerst vertan“, sagte Köhler. Diesen Punkt kritisierte auch Dr. Axel Munte, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Bayerns: „Diese Kampfansage an das KV-System als Garant einer flächendeckenden Versorgung ist für mich völlig unverständlich. Denn gerade in Bayern ist es die KV, die die ambulante Versorgung auf qualitativ hohem Niveau gewährleistet. Jetzt will die neue Regierung offensichtlich das Wohl der Patienten in die Hände privatwirtschaftlicher Managementgesellschaften legen.“

([Pressemitteilung der KBV, 26. Oktober](#), [Pressemitteilung der KV Bayerns, 24. Oktober](#))

Mehr als die Hälfte der Praxen in Nordrhein mit eGK-Lesegeräten ausgestattet

Im sogenannten Basis-Rollout der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) haben über 7.500 Praxen, das ist mehr als die Hälfte der Praxen in Nordrhein, ein für die Verwendung benötigtes Lesegerät erworben. Seit März dieses Jahres erstatten die Krankenkassen hierfür die Kosten. Die Finanzierungsvereinbarung zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordrhein und den Kassen endet am 31. Oktober 2009. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP sieht für die eGK eine „Bestandsaufnahme“ vor, bevor die Bundesregierung letztlich entscheiden wird, ob eine Weiterarbeit sinnvoll ist. Der Bundesverband Bitkom warnt indessen vor weiteren Verzögerungen bei der Einführung der eGK. Deutschland werde sonst den internationalen Anschluss verlieren. Zudem sagte Bitkom-Präsident Prof. August-Wilhelm Scheer: „Für die Versicherten ist die eGK ein echter Gewinn. Bei einer Verzögerung bleiben die Patienten auf der Strecke.“ Der Hartmannbund begrüßte die Pläne der neuen Bundesregierung zur geplanten Bestandsaufnahme der eGK. „Was Ulla Schmidt überambitioniert gestartet hat, stellen die nunmehr amtierenden Regierungsparteien zu Recht auf den Prüfstand“, sagte der Telematikexperte des Hartmannbundes, Dr. Thomas Lipp. ([Pressemitteilung der KV Nordrhein, 26. Oktober](#), [Pressemitteilung der Bitkom, 22. Oktober](#), [Pressemitteilung des Hartmannbundes, 28. Oktober](#))

KV Bayerns und Gmünder Ersatzkasse schließen Pflegeheimvertrag

In Bayern verbessert sich künftig die ambulante Versorgung von Menschen in Alten- und Pflegeheimen. Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Bayerns und die Gmünder Ersatzkassen (GEK) haben hierzu einen Pflegeheimvertrag rückwirkend zum 1. Oktober geschlossen. Das Konzept sieht vor, dass Gruppen von Haus- und Fachärzten miteinander kooperieren. Ein regelmäßiger hausärztlicher Visitedienst und ein Bereitschaftsdienst stellen sicher, dass die Heimbewohner stets gut versorgt sind. Spezielle Fortbildungen zur Behandlung geriatrischer Patienten qualifizieren die teilnehmenden Hausärzte zusätzlich. ([Pressemitteilung der KV Bayerns, 26. Oktober](#))

Honorar für Impfung gegen die Neue Grippe: KV Berlin weist auf Beratungsaufwand hin

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Berlin hat in der Diskussion um die Honorierung der Impfungen gegen die Neue Grippe (sogenannte Schweinegrippe) auf den hohen Aufwand der impfenden Ärzte hingewiesen. Dr. Angelika Prehn, Vorstandsvorsitzende der KV Berlin und selbst Hausärztin, sagte: „Eine Impfung dauert inklusive Aufklärung rund zehn Minuten. Darüber hinaus muss der Impfstoff täglich neu angemischt werden. Das heißt, Praxen müssen gegebenenfalls extra Impftage einrichten und dafür zusätzliches Personal ordern. Ein Impfhonorar von 5,50 Euro für eine solche Impfung liegt aber unterhalb der Vergütung beispielsweise für die saisonale Grippe-Impfung und kann diesen hohen Beratungsaufwand gar nicht decken. So wird beispielsweise in Hessen die Impfung mit 6,50 Euro vergütet. Unter anderem aus diesem Grund hatte die KV Berlin eine Impfvereinbarung mit dem Senat vor zwei Wochen abgelehnt.“ ([Pressemitteilung der KV Berlin, 22. Oktober](#))

Aus den Verbänden

Reaktionen zum Koalitionsvertrag

Bei den Verbänden im Gesundheitswesen ist der Koalitionsvertrag auf unterschiedliche Reaktionen gestoßen. „Für die zahnmedizinische Versorgung sind die Weichen richtig gestellt“, sagte der Vorsitzende der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), Dr. Jürgen Fedderwitz. Die Koalitionspartner, so Fedderwitz, hätten anerkannt, dass man für die zukünftige Entwicklung der Zahnarztgehälter generell eine neue Basis brauche. „Das haben wir seit Jahren angemahnt. Unsere Forderung nach einer Abschaffung der Budgets ist damit aufgenommen worden – ebenso die nach einer längst überfälligen Anhebung der zahnärztlichen Vergütung im Osten an das West-Niveau“, so der KZBV-Chef. Den Berufsverband Deutscher Internisten (BDI) freut es vor allem, dass mit Dr. Philipp Rösler (FDP) ein Arzt Bundesgesundheitsminister wird. „Damit haben wir die Chance auf einen wirklichen Wechsel in der Gesundheitspolitik“, betonte BDI-Präsident Dr. Wolfgang Wesiack. „Mit mehr Wahlfreiheit für die Versicherten, sachgerechteren Vergütungsstrukturen und einem verbesserten Vertrauensverhältnis zwischen Ministerium, Ärzten und Bevölkerung, kann das System jetzt sinnvoll weiterentwickelt werden“, so Wesiack. Zweifel äußerte hingegen der Vorsitzende des Hartmannbundes, Prof. Kuno Winn: „Die zaghaften Ansätze zur Kostenerstattung, die lediglich in der gegenwärtigen Form gestärkt werden soll, und das Ignorieren der Notwendigkeit, konsequent die Beiträge von den Löhnen zu entkoppeln – das alles spricht momentan eher für ein Weiterpuzzeln am bestehenden System.“ ([Pressemitteilung der KZBV, 26. Oktober](#), [Pressemitteilung des BDI, 26. Oktober](#), [Pressemitteilung des Hartmannbundes, 23. Oktober](#))

Bundesärztekammer fordert neue Versorgungskultur für alte Menschen

„Um psychische Störungen von alten Menschen frühzeitig diagnostizieren und erfolgreich therapieren zu können, müssen Ärzte, Pflegekräfte und Sozialarbeiter engmaschig zusammenarbeiten. Wir brauchen eine neue Versorgungskultur für alte Menschen.“ Das hat Dr. Cornelia Goesmann, Vizepräsidentin der Bundesärztekammer (BÄK), bei einer Tagung der BÄK in Berlin gesagt. Unter dem Titel „Die Versorgung psychisch kranker alter Menschen: Ergebnisse und Forderungen an die Versorgungsforschung“ diskutierten Experten Versorgungsprobleme, Präventionsmaßnahmen und neue Behandlungskonzepte für Senioren. Goesmann plädierte unter anderem für eine engere Verzahnung ambulanter und stationärer Angebote. ([Pressemitteilung der BÄK, 23. Oktober](#))

Gesundheit der Bevölkerung in Ost und West 20 Jahre nach Mauerfall nahezu angeglichen

Nach 20 Jahren gemeinsamer Entwicklung haben sich die Unterschiede in der Gesundheit zwischen neuen und alten Bundesländern in den meisten Bereichen deutlich verringert oder sogar angeglichen. Das ist die Bilanz eines Berichtes des Robert-Koch-Instituts (RKI) zur Gesundheitsgeschichte der Bundesrepublik. „Diese Ergebnisse zeigen, dass wir nach der Wiedervereinigung einen guten Weg eingeschlagen haben. Sie stimmen mich für die weitere Entwicklung der Gesundheit der Bevölkerung sehr optimistisch“, sagte die scheidende Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD). Zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung gab es zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik Unterschiede in fast allen Bereichen der Gesundheit. Diese betrafen etwa die häufigsten chronischen Krankheiten, Gesundheitsrisiken, das Impfverhalten und die Qualität der gesundheitlichen Versorgung. Die Angleichung erfolgte laut Bericht auf einem besseren als dem Ausgangsniveau. Heutige Unterschiede seien regional und hätten zumeist soziale Gründe. ([Gemeinsame Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit und des RKI, 26. Oktober](#))

BKK-Landesverbände Niedersachsen-Bremen und Ost fusionieren

Zum bundesweit größten Landesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) schließen sich zum 1. Januar 2010 der BKK-Landesverband Niedersachsen-Bremen und der BKK-Landesverband Ost zusammen. Der künftige BKK-Landesverband Mitte betreut dann 3,2 Millionen Versicherte in den sieben Bundesländern Berlin, Brandenburg, Bremen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Niedersachsen und Bremen. Insgesamt werden dem neuen Verband bald 20 Betriebskrankenkassen angehören. Weitere Mitarbeiter werden nicht entlassen, da sich beide Verbände frühzeitig durch Personalanpassungen auf die neue Situation eingestellt haben. Durch den Zusammenschluss erhoffen sich die Krankenkassen, die Versicherten besser versorgen zu können sowie ihre Effizienz deutlich zu steigern. Vorstandsvorsitzender des BKK-Landesverbandes Mitte wird Hans-Hermann Runge, der bisherige Vorstandsvorsitzende des Landesverbandes Niedersachsen-Bremen ([Pressemitteilung des BKK-Landesverbandes Niedersachsen-Bremen, 22. Oktober](#))

Versandapotheken beklagen Kriminalisierung durch ihre Standesvertretung

Die Versandapotheken fühlen sich schlecht vertreten und wollen ihre Zwangsmitgliedschaft bei den Apothekerkammern überprüfen. In einem offenen Brief appellierte der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Versandapotheken (BVDVA), Christian Buse, an die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA), die Versandapotheken nicht weiter zu diffamieren und zu kriminalisieren und pauschal in Verbindung mit Arzneimittelmisbrauch, Betrug am Kunden und Fälschungen zu bringen. Stattdessen solle sich die ABDA an ihren gesetzlichen Auftrag erinnern und die Belange aller deutschen Apotheker wahrnehmen. Die Versandapotheken forderten, dass die ABDA sie als Element der Arzneimittelversorgung anerkennt. ([Pressemitteilung des BVDVA, 21. Oktober](#))

Winn bleibt Vorsitzender des Hartmannbundes

Die Delegierten der Hauptversammlung des Hartmannbundes haben den Allgemeinmediziner Prof. Kuno Winn als ihren Bundesvorsitzenden in seinem Amt bestätigt. Winn setzte sich mit fünf Stimmen Vorsprung gegen Dr. Roland Quast durch. Dr. Klaus Reinhardt ist künftig der stellvertretende Bundesvorsitzende. Winn bezeichnete es in seiner Antrittsrede als herausragende Aufgabe seines Verbandes, weiterhin gegen die Spaltung der Ärzteschaft einzutreten. Die größte aktuelle Herausforderung sei die Chance eines Neuanfangs in der deutschen Gesundheitspolitik zu nutzen. Dabei will, so Winn, der Hartmannbund seinen Einfluss geltend machen und seine politische Vernetzung ausbauen. ([Pressemitteilung des Hartmannbundes, 25. Oktober](#))

Register über Gelenkersatz soll Patientenversorgung verbessern

Ein deutsches Register über Gelenkendoprothesen könnte helfen, die Versorgungsqualität betroffener Patienten zu verbessern. Ein Bericht vom Deutschen Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) bescheinigt einem solchen Verzeichnis medizinisches und gesundheitsökonomisches Potenzial: Gelenkersatz könnte länger halten, die Lebensqualität von Patienten steigen, Kosten eingespart werden. Die Datensätze in solchen Registern bestehen aus Patienten- und Klinikangaben, Informationen zu Diagnose, durchgeführtem Eingriff, Operationsdatum und eingesetztem Implantat. Die Idee eines deutschen Endoprothesenregisters fände Zuspruch im Gemeinsamen Bundesausschuss. Allerdings seien vor der Einführung der

Datenschutz und die dauerhafte Finanzierung zu klären, so das DIMDI Als organisatorische Herausforderung verstehen die Autoren des Berichts die Einbeziehung der Ärzte in die Datenerfassung. ([Pressemitteilung des DIMDI, 26. Oktober](#))

Aus der Welt

EU-Kommission verstärkt Engagement im Kampf gegen HIV/Aids

In den Jahren 2009 bis 2013 will die europäische Kommission in der EU und den Nachbarländern strategisch gegen HIV und Aids vorgehen. Die Schwerpunkte sollen dabei unter anderem auf der Prävention, auf Tests und Hochrisikogruppen liegen. Die Zahl der Menschen, die mit HIV/Aids leben, ist in der EU und den Nachbarländern von 1,2 Millionen im Jahr 2001 auf 2,2 Millionen im Jahr 2007 gestiegen. Ungefähr 730.000 von ihnen leben in der EU. Die Anzahl von HIV-Fällen und die Übertragungswege sind von Land zu Land verschieden. Die Strategie greift diese Unterschiede auf. Ziel ist, die Neuinfektionen mit HI-Viren bis 2013 zu verringern und den Zugang zu Prävention, Behandlung sowie Versorgung zu verbessern. Zudem soll die Lebensqualität der Menschen, die mit HIV/Aids leben, davon indirekt betroffen oder besonders gefährdet sind, in der EU und ihren Nachbarländern gesteigert werden. ([Pressemitteilung der EU-Kommission, 26. Oktober](#))

Außerdem

Film- und Fernsehpreis 2009 des Hartmannbundes geht an Tatort

Den Fernsehfilm „Der glückliche Tod“ aus der Tatort-Reihe hat der Hartmannbund in diesem Jahr mit seinem Film- und Fernsehpreis ausgezeichnet. Im Zentrum der SWR-Produktion steht das Thema Sterbehilfe. In der Laudatio heißt es: „Sterbehilfe ist und bleibt ein schwieriges Thema. Der in ruhigen Bildern erzählte und eindrucksvoll musikalisch untermalte Film präsentiert das Tabuthema in angemessener Form.“ Der Film- und Fernsehpreis des Hartmannbundes wurde 1966 als ideeller Preis gestiftet und soll einen Ansporn setzen, der Wirklichkeit ärztlichen Handelns in Film und Fernsehen Rechnung zu tragen. Der Preis wurde am 23. Oktober 2009 zum 37. Mal verliehen. ([Pressemitteilung des Hartmannbundes, 22. Oktober](#))

KOMPAKT- Zahl der Woche: 5

Obwohl weltweit heute mehr Neugeborene geimpft werden als jemals zuvor, muss jedes fünfte Kind ohne Impfschutz auskommen. Dabei handelt es sich um 24 Millionen Kinder in Schwellen- und Entwicklungsländern. Um alle Kinder in den 72 ärmsten Ländern zu impfen, wäre zusätzlich eine Milliarde Dollar im Jahr notwendig, heißt es im Welt-Impfbericht 2009 von Weltgesundheitsorganisation, Unicef und Weltbank. ([Pressemitteilung des Unicef, 21. Oktober](#)).

Aus dem Terminkalender

- | | |
|----------|---|
| 29.10.09 | KBV kontrovers: Ambulant/stationär: Kooperation oder Konfrontation?
Berlin |
| 02.11.09 | Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa
Berlin |
| 09.11.09 | Qualitätssicherungskonferenz des Gemeinsamen Bundesausschusses 2009
Berlin |

09.11.09	Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa Berlin
16.11.09	Spreestadt-Forum zur Gesundheitsversorgung in Europa Berlin
18.11.09 21.11.09	Medica 2009 - Weltforum der Medizin Düsseldorf
23.11.09- 28.11.09	Klinische Fortbildung für hausärztlich tätige Allgemeinmediziner und Internisten Berlin

Redaktion:
Dezernat Kommunikation der KBV
Tel: 030 / 4005 – 2207
Fax: 030 / 4005 – 27 2203
E-Mail: fknoeppke@kbv.de, njahnz@kbv.de, mspierings@kbv.de

Redaktionsschluss von KBV kompakt ist mittwochs 13 Uhr.

Hier können Sie unsere Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unsere Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/service/115.html>
